

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Schreibungen nehmen die Redaktionen und für Ruhestellen die Verleger entgegen. - Druckerei: Auer, Leipzig Nr. 23.

Redaktionspreis für den Abonnement: 2000 Mark für ein Jahr, 1000 Mark für sechs Monate, 500 Mark für drei Monate, 250 Mark für einen Monat. - Druckerei: Auer, Leipzig Nr. 23.

Telegramm: Auer, Leipzig Nr. 23. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 141

Donnerstag, den 19. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Militärkontrolle.

Vorschlag einer Konferenz zwischen Marx, Macdonald und Herriot.

In einer Landtagsanhörerversammlung in Kopenhagen behandelte sich der Reichstagsabgeordnete Erkelenz, Düsseldorf eingehend mit der außen- und innenpolitischen Lage. Die Hauptfragen seien zunächst: Wie gewinnt Deutschland wieder das Verfügungsgewalt über seine Landesgrenze, und wie erhält es seine wirtschaftliche und politische Einheit? Und Hand in Hand damit geht die dritte Frage: Wie kommt Europa wieder zu einem Friedenszustand? Der Wahlsieger der französischen Demokratie bringt an sich noch keine Besserung der Lage. Es bleibe noch viel zu tun. Man könne vielleicht erwarten, daß zwischen der französischen Demokratie und der deutschen eine Verständigung leichter sei. Aber die Regierungen könnten nur zum Ziele kommen, wenn eine gleichgerichtete öffentliche Meinung hinter ihnen stehe. Und die französische Meinung solle bedenken, daß keine Demokratie ohne die öffentliche Meinung bestehen könne. Niemand könne aber die öffentliche Meinung gewinnen, wenn er von außen nur Fußstapfen erhalte. Frankreich und Deutschland brauchen jetzt Männer, die ihren Vätern die Wahrheit sagen. Die Forderungen des Sachverständigenberichts seien schwer, seien vielleicht sogar in einzelnen Teilen unmöglich zu erfüllen. Trotzdem müsse die Wiedererreichung von Rhein und Ruhr alle Bedenken überwinden. Aber die deutsche Regierung müsse sich entschließen, ihre Politik kraftvoll zu führen. Beim Eisenbahngesetz werden auch die deutschnationalen Belegungen zu zeigen, ob sie die Politik der Regierung Marx durchkreuzen wollen oder nicht. Die Entscheidung dürfe ihnen nicht geschenkt werden. Nützlichfalls müsse der Wähler entscheiden, ob er die deutschnationalen Katastrophenpolitik billige. Insbesondere das besetzte Gebiet verlange hier völlige Klarheit, nachdem es lange genug das Versuchsanliegen der Münchener Illusionspolitik und der schwerindustriell behafteten Phrase gewesen sei. Es verbiete überhaupt beachtet zu werden, daß auch die Schwereindustrie jetzt die Annahme des Gutachten wünschne, daß sie aber andererseits in der von ihr subventionierten Presse noch immer in tapferen Phrasen machen lasse.

Eine gefährliche Klippe sei zur Zeit die Frage der Militärkontrolle. An dieser Klippe könnten alle Versuche der Befriedung Europas wieder scheitern. Es sei unklar, Deutschland allein zur militärischen Abrüstung zu zwingen. Die allgemeine europäische Abrüstung sei das Ziel. Die Fortführung der Kontrolle stärke nur die deutsche Reaktion. Dies unglückliche Gebot aus einer Zeit des Wollwahrns müsse endlich beseitigt werden. Wahrscheinlich wäre die Kontrolle längst beendet, wenn nicht das höfliche Brimborium der „deutschen Tage“ und ähnlicher Veranstaltungen auf gelassener Ohnmacht immer erneut Verdacht erregte. In der Frage der deutschen Abrüstung würden England und Frankreich stets einig sein. Es sei bedauerlich, daß die deutsche Regierung nicht schon vor Monaten dieses Hindernis aus dem Wege geräumt habe. Deutschland müsse die Schlüsselkontrolle noch einmal über sich ergehen lassen. Hier müßten sich die Militärs der höheren Notwendigkeit, der Erhaltung des Rheinlandes, fügen. Das besetzte Gebiet verlange energisch, daß hinter der Befriedung des Rheinlandes zurzeit alles andere zurückstehe. Es gebe im besetzten Gebiet keine Partei, die das schleinmilitärische Kinderlied der sogenannten „vaterländischen Verbände“ unterhalte. Deshalb sei die Forderung von Rhein und Ruhr: Schleunige Beendigung der Schlüsselkontrolle, Heberweisung der weiteren Kontrollen an den Völkerbund, allgemeine Abrüstung, Regelung der Sicherheitsfrage zwischen Deutschland, Frankreich und England.

Die nächsten Wochen und Monate entscheiden darüber, ob Europa zum Frieden komme. Es sei notwendig, daß die Staatsmänner der beteiligten Völker, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, sich einmal persönlich Auge in Auge gegenüberstellen. Der ewige Notenwechsel und der Austausch von Erklärungen durch Redaktionen schafft mehr Mißverständnisse, als behoben werden. Warum treffen sich nicht Herriot, Macdonald und Marx endlich zu deutscher Besprechung der entscheidenden Fragen in irgendeiner Stadt persönlich? Man hat nun lange genug aneinander vorbeigeredet! Es sei keine Zeit zu verlieren. Es sei besonders auch für Deutschland an der Zeit, daß es die sechsjährige peinigende Blockade endgültig breche. Wie können die Völker zum Frieden kommen, wenn ihre ersten Repräsentanten sich nie sehen, nie sprechen, wenn immer zwischen ihnen Wände, Netze, Stacheln stehen! Aber keine große Konferenz. Möge Macdonald Herrn Marx und Herriot formlos nach Chequers laden. Hatzenaus Erfolg be-

ruhten darauf, daß er selbst nach London, nach Chequers, nach Paris, nach Cannes ging. Nach ihm habe außer Schacht niemand aus Deutschland den Mut gefunden, den Vertragsgegnern persönlich gegenüberzutreten. Das Ende solcher Verhandlungen würde wohl der baldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sein.

Gutachten und Reichsbahn.

Tendenzlose Fallmeldungen über den Personalabbau.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Telegraphenunion verbreitet ein Interview mit dem Eisenbahnsachverständigen Sir William Neworth. Auf die Frage des Vertreters der T. U., ob die Reorganisation der Reichsbahn nach dem Sachverständigengutachten einen sehr erheblichen Personalabbau zur Folge haben werde, soll Neworth geantwortet haben, daß vielleicht 50, vielleicht aber auch 40, vielleicht 10 Prozent abgebaut würden. Das könne er noch nicht sagen. Diese Sir William Neworth in den Mund gelegte Äußerung ist falsch. Sir William Neworth hat dies dem Reichsverkehrsminister mitgeteilt, und hat hervorgehoben, daß seine Äußerung offenbar tendenziös entstellt worden ist. Er hat erbeten, sie folgendermaßen richtig zu stellen: Er habe gesagt, daß die Personalbemessung für die zu bildende Reichsbahngesellschaft nicht Aufgabe des Organisationskomitees sei, sondern lediglich Aufgabe der neuen Deutschen Gesellschaft. Ob etwa 40 Prozent — nach dieser Zahl hat ihn der Interviewer gefragt — oder ein anderer Prozentsatz, vielleicht nur 1 Prozent abgebaut — oder ob vielleicht 50 Prozent neu eingestellt werden müßten — das könne er gar nicht und habe er gar nicht zu sagen. Im übrigen ist es Sir William Neworth selbstverständlich bekannt, daß der Personalstand der englischen Eisenbahnen, sowohl bezogen auf die Betriebslänge, als auch auf die Betriebsleistung, ein höherer ist, als der Personalstand der deutschen Eisenbahnen sogar vor dem Abbau.

30 deportierte Reichsdeutsche in Paris eingetroffen.

In Paris sind 30 Deutsche, die vom Kriegsgericht in Mainz zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren und die ihre Strafen auf der Insel Reé verbüßten, eingetroffen. Von Paris aus werden sie nach dem Rheinland weiterbefördert, um in deutschen Gefängnissen ihre Strafen weiter zu verbüßen.

Die Rückbeförderung dieser 30 beklagenswerten Opfer französischer Nachsicht aus der Sträflingskolonie Reé war schon vor einiger Zeit angekündigt. Wenn die französische Regierung allerdings glaubt, sie habe mit der Ueberführung dieser waderen deutschen Tünder in Strafanstalten innerhalb des besetzten Gebietes genug Edelmut bewiesen, so muß dieser Annahme mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Es sind, wie verlautet, sechs rechtskräftig von deutschen Gerichten verurteilte Franzosen vollkommen freigelassen worden. Der „Gegensatz“ für dieses deutsche Entgegenkommen kann nur in der Freilassung der Ruhegefangenen bestehen. Erfolgt diese nicht so werden alle schönen Worte in Paris und darüber nicht hinwegtäuschen können, daß Frankreichs Gewaltpolitik noch kein Ende gefunden hat.

Amnestie-Akte im Rheinlande.

Von den im Mainzer Eisenbahnprozess am 7. Mai v. J. zu längeren Gefängnisstrafen Verurteilten, sind acht Inhaftierte, die Strafen von 5 bis 8 Jahren erhalten hatten, begnadigt und aus der Haft entlassen worden, nachdem sie ein Jahr der Strafe verbüßt hatten. Es besteht begründete Hoffnung, daß auch die übrigen noch in Haft befindlichen Personen bald in Freiheit gesetzt werden.

Die Zurückziehung zahlreicher Ausweisungsbefehle und mancherlei Haftentlassungen sind erste Anzeichen für eine Wiederherstellung normaler Zustände im Ruhrgebiet. Zur weiteren Verfolgung dieses Planes ist nach vorliegenden Meldungen Kriegsminister Nollet beauftragt worden, sofort Amnestiemaßnahmen für die im besetzten Gebiet verurteilten deutschen Staatsbürger in Bearbeitung zu nehmen. Die Amnestie soll nicht generell, sondern je nach Art des Vergehens erfolgen. Dieser wichtigen Frage habe wahrscheinlich die Unterredung am 10. Juni mit Kriegsminister Nollet und dem Oberbefehlshaber der Besatzungsstruppen gehabt hat. Ueber den bisherigen Umfang der Rückkehr Ausgewiesener berichtet die folgende Meldung:

Zurückziehung von Ausweisungsbefehlen.

Wie Habas aus Koblenz meldet, hat das französische Oberkommissariat in Koblenz der Rheinlandkommission die Zurückziehung von 7000 Ausweisungsbefehlen vorgeschlagen. Die Rheinlandkommission habe in

allen Fällen diese Vorschläge angenommen. Bis zum 1. Mai sei in 5000 Fällen und im weiteren Verlauf in 2000 Fällen die Rückkehr in das besetzte Gebiet gestattet worden. Von 800 aktiven Zollbeamten sind 590 wieder in den Dienst eingestellt und 80 000 Mann Eisenbahnerpersonal von der Regie angenommen worden. In den übrigen Verwaltungszweigen sind 150 Beamte wieder eingestellt worden. Ferner haben von 580 Personen, die von dem Militärgericht in der französischen Zone verurteilt worden waren, 288 ihre Strafe verbüßt, 210 sind begnadigt worden, 44 Personen wurden in Abwesenheit verurteilt. Im Gefängnis befindlichen 14 im besetzten Gebiet ungefähr noch 58 Personen.

Gegen Diktat und Schuldfrage.

Rundgebungen am 28. Juni.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände erläßt einen Aufruf zur Teilnahme an Rundgebungen, die am 28. Juni 1924 in Erinnerung an die erzwungene Unterzeichnung des Diktates von Versailles im ganzen Reich stattfinden sollen. An dem gleichen Tage, auch schon am 28. Juni, wird der Deutsche Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldfrage, der dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände angegliedert ist, eine Sammlung für das deutsche Kind veranstalten, das unter der Auswirkung des Diktates besonders schwer gelitten hat.

Der Aufruf schließt:

Deutsche Brüder, deutsche Schwestern!

Am Tage der fünfjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Diktates muß auch das deutsche Volk der Welt seinen Willen deutlich und ausdrucksvoll zeigen. Wir rufen daher alle Berufsstände im ganzen Reich auf, am Sonntag, den 29. Juni allerorts wichtige und würdevolle Rundgebungen zu veranstalten. Die Rundgebungen müssen sein: einflammender Protest gegen die Lüge von der deutschen Schuld am Weltkriege, gegen weitere Gewalt und weitere Bedrohung, ein Ausdruck des geschlossenen Willens zur Freiheit und zum Frieden, eine Forderung des Rechtes auf Leben und Entwicklungsmöglichkeiten.

Partei- und Klassenunterschiede müssen hierbei zurückstehen. Die Außenpolitik kommt vor der Innenpolitik. Höher als Sonderinteressen steht das Vaterland. Die Rundgebungen am 29. Juni müssen sein: ein Kampf um Wahrheit, Recht und Ehre.

Ein Kolonisationsplan Dr. Schachts.

Der „New York Herald“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Schacht über einen neuen Kolonisationsplan. Schacht will die neue Kolonisationsstätigkeit Deutschlands von der Politik ganz fernhalten und sie auf eine rein wirtschaftliche Grundlage stellen, etwa durch Gründung einer internationalen Kolonisationsgesellschaft nach dem Muster der Ostindischen Company. Mit Hilfe dieser Gesellschaft soll Deutschland gemeinsam mit den Alliierten die wirtschaftliche Ausbeutung der früheren deutschen Kolonien unternehmen. Dr. Schacht bezeichnet den Plan als eine notwendige Ergänzung des Finanzberichtes, da nur auf diese Weise eine Erhöhung der deutschen Ausfuhr ohne Ueberschwemmung der fremden Märkte mit deutschen Waren möglich sei. Schacht ist überzeugt, daß Frankreich dem Plan zustimmen würde, bei unter Aufsicht des Völkerbundes oder durch direkte Vereinbarungen Deutschlands mit den Alliierten und mit Amerika durchgeführt werden könnte. Der Plan steht nicht die Rückgabe der deutschen Kolonien an das Deutsche Reich vor, sondern er verlangt nur für Deutschland die Erlaubnis zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonien, mit der Maßgabe, daß Deutschland nach einer gewissen Zeit das Recht haben solle, alle Anteile der geplanten Gesellschaft aufzukaufen. Schacht teilt ferner mit, daß er möglicherweise selbst nach Amerika gehen werde, um bei der Durchführung der Anleihe mitzumachen.

Die russischen Emigranten.

Der Völkerbundsrat über das Flüchtlingswesen.

Allgemeines Interesse verdienen die im Völkerbundsrat zur Kenntnis gebrachten Berichte des Oberkommissars für das Flüchtlingswesen Ransau. Es wird darin festgestellt, daß 18 Staaten an der Frage der russischen Flüchtlinge direkt interessiert sind. Von ihnen zählt u. a. Belgien etwa 1000 Flüchtlingsfamilien, Bulgarien 88 000, Frankreich 400 000, Türkei 29 000. In Frankreich haben die Flüchtlinge sämtlich Arbeitstage gefunden. Von den in Deutschland befindlichen 500 000 russischen Flüchtlingen müßten, wie der Bericht feststellt, viele nach ihrer Heimat zurückkehren. Dasselbe gilt von den 41 000 Russen, 28 000 Ukrainern und 18 000 Juden, die sich als Flüchtlinge in Polen befinden, und wird auch von den 80 000 in Rumänien befindlichen Flüchtlingen gesagt. Dem Völkerbundsrat über die Rückführung eines besonderen Passes an die Flüchtlinge hat sich nunmehr auch Deutschland in vollem Umfange angeschlossen.

legt Aus 20
in.
Tolla, bah
umlung be-
heren, nur
nach Europa
gabe unse-
ngelichheit
loer werten
et billigen
a Befestigt
et der 1000
meines Ju-
elbmann.
b. S. Wre
D Pfg.
2. Juni
nk
e“
rry Hardt
Albers.
Krauß
ch die
alkke“.
rn.
besten
t
“
Akten.
bring.
oben
von
Uhr.
r, der
dielei,
nmen.
ach Aue
bristlicher
den um.
der Aufs
stellungen
nennen.
pelei
büppel
Weiß.
g
fähig
beten.